

Berlin 2030 – Vision für eine Wirtschaftsmetropole

Freiräume für Innovationen

Gliederung

Kernforderungen	3
1. Der Wirtschaftsstandort Berlin heute	13
a. Berlin ist einzigartig	13
b. Berlin hat Defizite	14
2. Der Wirtschaftsstandort Berlin 2030	16
a. Soziale Marktwirtschaft als Leitbild für eine selbstverantwortliche Landeswirtschaftspolitik	16
b. Rahmenbedingungen für eine zukunftsorientierte Landeswirtschaftspolitik	17
<i>aa. Unternehmensfreundliche Wirtschaftspolitik</i>	17
<i>bb. Immobilienpolitik</i>	18
<i>cc. Infrastruktur</i>	19
<i>dd. Bildung</i>	20
<i>ee. Digitale und effiziente Verwaltung</i>	22
<i>ff. Sicherheit</i>	22
<i>gg. Nachhaltige Haushaltspolitik</i>	23
c. Rahmenbedingungen für eine zukunftsorientierte Landesarbeitsmarktpolitik	23
<i>aa. Arbeit 4.0: Herausforderungen eines digitalen Arbeitsmarktes be- und ergreifen!</i>	23
<i>bb. Bereich Schule/ Ausbildung: Nur eine starke Schule kann starke Arbeitnehmer und selbstbewusste Menschen hervorbringen!</i>	25
<i>cc. OSZ/ Übergangssystem</i>	27
<i>dd. Das Handwerk als Partner in der Ausbildung anerkennen und stärken!</i>	28
<i>ee. Universitätsausbildung und Berufsausbildung effektiv miteinander verbinden!</i>	28
<i>ff. Bereich Weiterbildung/ Fortbildungsmöglichkeiten: Lebenslanges Lernen darf nicht zur Floskel werden!</i>	29
<i>gg. Flexible Arbeitszeitmodelle schaffen für eine sichere Zukunft!</i>	29
<i>hh. Betriebliche Mitbestimmung und starke Sozialpartnerschaft als Voraussetzung für erfolgreiche Gestaltung des Wandels in der Arbeitswelt</i>	30
<i>ii. Fazit: Herausforderungen annehmen und Chancen nutzen – Strukturen statt Reglementierungen schaffen!</i>	30
d. Schlüsselbranchen für Berlin 2030	31
<i>aa. Start-up Hauptstadt Europas</i>	31
<i>bb. Mobilitätsstadt Nummer 1 in Europa</i>	33
<i>cc. Künstliche Intelligenz und 3D-Druck – Chancen für Berlin als Industriestandort</i>	36

dd.	<i>Europäische Gesundheitshauptstadt</i>	36
ee.	<i>Kreativwirtschaft auf Weltniveau</i>	37
3.	Berlins Chance – Freiräume für Innovationen	38

Kernforderungen

Eine starke Wirtschaft ist Grundvoraussetzung dafür, dass Berlin auch im Jahr 2030 eine lebenswerte und vielfältige Stadt ist. Wir müssen heute damit beginnen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entlang der Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft so zu gestalten, dass sich Unternehmen möglichst frei entfalten können, um Innovationen zu entwickeln. Unsere Maxime ist: Freiräume für Innovationen schaffen.

1. Bessere Rahmenbedingungen

Berlin ist schon heute ein wirtschaftlich interessanter Standort. Die unternehmerische Vielfalt und die Anziehungskraft der Stadt sind einzigartig. Gleichwohl müssen wir an den Rahmenbedingungen arbeiten, damit Berlin auch zukünftig als Wirtschaftsstandort attraktiv bleibt.

a. Unternehmensfreundliche Wirtschaftspolitik

- Privatwirtschaftlicher Initiative ist grundsätzlich Vorrang vor staatlichen Maßnahmen zu geben.
- Wir brauchen ein innovationsfreundliches Investitionsklima mit einer ideologiefreien Verwaltung, eindeutig festgelegten Ansprechstellen, kurzen Bearbeitungszeiten und klaren Entscheidungen. Das Land hat sich als Partner der Unternehmen zu verstehen.
- Der Senat hat im In- und Ausland für Investitionen in Berlin zu werben.
- Wir brauchen in Politik und Verwaltung eine neue Willkommenskultur für Unternehmen, die an der Spitze des Senats, beim Wirtschaftssenator bis hin zu den Bezirksämtern spürbar ist.

b. Immobilienpolitik

- Wir brauchen eine Immobilienentwicklungspolitik, die auf die Förderung und Intensivierung des Wohnungsneubaus und von Gewerbeimmobilien ausgerichtet ist. Gegen Wohnungs- und Gewerbeimmobilienknappheit gibt es vor allem ein Rezept: bauen, bauen, bauen.

- Neben einer zielführenden Förderung brauchen wir eine Überprüfung und Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren.
- Die Herausnahme von Gewerbeflächen aus dem Flächennutzungsplan ist nur dann vorzunehmen, wenn gleichzeitig zusätzliche Gewerbeflächen ausgewiesen werden.
- Wir brauchen ein „Konzept Gewerbeflächen für KMU in Berlin“, mit dem bei Bauvorhaben ab einer Grundstücksgröße von 20.000 qm oder 50.000 qm Bruttogeschossfläche eine bestimmte Flächenquote (z.B. 10%) für kleine und mittlere Unternehmen vorzusehen ist. Gleichzeitig könnte das Konzept eine quotale Aufteilung für berlin-typischen Branchen enthalten (z. B. 30% Handwerk, 20% Kreativwirtschaft, 10% Einzelhandel und 40 % Dienstleistungsunternehmen).

c. Infrastruktur

- Marode Straßen und Brücken müssen mit Hilfe eines wirtschaftsfreundlichen Baustellenmanagements zügig instandgesetzt und modernisiert werden.
- Berlin braucht zwingend ausreichende Kapazitäten für den Flugverkehr, auch auf der Langstrecke. Die schnellstmögliche Fertigstellung des BBI muss höchste politische Priorität genießen. Auch die Offenhaltung des Flughafens Tegel scheint mittlerweile zwingend.
- Die Erschließung der Flughäfen durch den ÖPNV und funktionierende Taxiverkehre muss gesichert sein.
- Ein funktionsfähiger ÖPNV ist Grundvoraussetzung für die wachsende Stadt Berlin. Dabei gilt es auch den Speckgürtel Berlins besser anzubinden.
- Wir brauchen flächendeckend schnelles Internet.
- Wir brauchen ein klares Bekenntnis zum Masterplan Messe und dem damit verbundenen Ausbau bzw. der Erweiterung der Messe Berlin.

d. Bildung

- Schulen müssen gestärkt werden. Eine bessere Ausstattung und mehr qualifizierte Lehrer sind Grundvoraussetzung, um das Schulwesen zu verbessern.
- Digitale Bildung, Grundlagen der Wirtschaft und das Thema Selbständigkeit und Gründung sind im Lehrplan zu verankern bzw. zu stärken.
- Wir wollen, dass im Jahr 2030 Berliner Schulen auf deutschem und europäischem Spitzenniveau sind.
- Mit seinen führenden Universitäten, Fachhochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen ist Berlin international herausragend.
- Um eine möglichst gute Verzahnung von Theorie und Praxis im Rahmen des Studiums zu ermöglichen, sollten Plattformen der Zusammenarbeit geschaffen werden.
- Der Ausbau praxisnaher Studiengänge und des Dualen Studiums ist ebenso zu fördern wie die Bereitstellung von Praktikumsplätzen für Studierende.
- Unternehmen sollen angeregt werden, leistungsorientierte Studierende zu unterstützen, z.B. unter Nutzung des Deutschland-Stipendiums.
- Die Career Services der Hochschulen sollten in der Weise gestärkt werden, dass sie den Studierenden in Abstimmung mit den Unternehmen Karrierechancen in der Berliner Wirtschaft aufzeigen und vermitteln können.
- Die Durchlässigkeit des Bildungssystems ist weiter zu fördern.
- Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen befähigt werden, ihre Forschungsergebnisse im Rahmen des Wissens- und Technologietransfers für die Berliner Wirtschaft zugänglich zu machen und einen Schutz ihrer Erfindungen zu ermöglichen.

e. Berufliche Bildung und Arbeit 4.0

- Mit dem DigitalPakt werden Schulen einen wichtigen Schritt Richtung digitaler Welt gehen können. Berlin bekommt aus dem 5-Milliardenprogramm des Bundes 257 Millionen Euro, die der digitalen Vernetzung der Schulgebäude, dem Ausbau des WLANs sowie im weiteren Verlauf der Anschaffung von mobilen Endgeräten dienen sollen.
- Die Herausforderungen werden sein, ein lebenslanges Lernen zu fördern und die Notwendigkeit hierfür im Bewusstsein der Menschen zu verankern. Mit MILLA (Modulares Interaktives Lebensbegleitendes Lernen für Alle) soll eine deutschlandweite Weiterbildungsplattform etabliert werden, die online alle bestehenden und alle neu hinzukommenden Weiterbildungsangebote bündelt und jedem zur Verfügung stellt. Wir müssen eine neue Weiterbildungskultur unter Einbeziehung modernster technischer Möglichkeiten schaffen.
- Unser Ziel ist es, dass spätestens ab 2030 jedem Grundschüler ab Klasse 3 einen Computer oder ein Tablet zur Verfügung gestellt wird.
- In den Kitas und Schulen sind die ersten Kenntnisse des Programmierens spielerisch zu vermitteln und die MINT-Bildung weiter zu stärken.
- Zur Reduzierung der hohen Zahl der Schulabbrecher ohne Abschluss sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine verpflichtende Sommerschule („Summer School“) für Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen zu einem Bestandteil des deutschen Schulsystems werden kann. Künftig sollen Schüler und Eltern mit Migrationshintergrund gemeinsam über unser Bildungssystem informiert werden. Darüber hinaus soll optional eine aufsuchende persönliche Berufsberatung für Jugendliche im familiären Umfeld stattfinden.
- Wir wollen jedem Berliner Jugendlichen eine gute Schul- und Berufsausbildung ermöglichen.
- Wir wollen, dass mehr Ausbildungsplätze in Teilzeit oder in modularen Ausbildungen angeboten werden, damit zum Beispiel Alleinerziehende, getrennt Erziehende oder bereits Erwerbstätige erfolgreich eine Ausbildung absolvieren können.

- Die Meisterpflicht soll wieder eingeführt werden, damit die Betriebe mit Ausbildungsbefähigung wieder ausgeweitet werden können.
- Wir fordern die Gleichstellung von Studium und Meisterfortbildung durch die Einführung einer Meisterprämie und die Befreiung von Lehrgangs- und Prüfungsgebühren für angehende Meister, Techniker, Fachwirte und Berufspädagogen.
- Wir streben eine systematische Förderung dualer Studiengänge an, die neben einem akademischen Abschluss auch einen Gesellenabschluss ermöglichen. Master-Abschlüsse für Duale Studiengänge sollen eingerichtet werden.
- Wir wollen flexiblere Arbeitszeitmodelle schaffen sowie die Arbeitszeitsouveränität der Arbeitnehmer stärken und gleichzeitig den Flexibilitätsanforderungen der Arbeitgeber nachkommen.
- Wir wollen eine bessere Versorgung mit Kitas insbesondere für die Tagesrandzeiten. Langzeitarbeitslose unter 25 Jahren sowie Menschen in Erstausbildung müssen durch die Jugendämter stärker als bisher bei der Kitaplatzsuche unterstützt werden.
- Wir sehen die betriebliche Mitbestimmung und starke Sozialpartnerschaft als Voraussetzung für erfolgreiche Gestaltung des Wandels in der Arbeitswelt. Betriebliche Mitbestimmung sorgt für gute Arbeitsbedingungen, die Einhaltung grundlegender Schutzvorschriften, gerechte Löhne – aber auch für die Zukunftsfähigkeit der Betriebe. Für die neuen Arbeitszeitmodelle und die Veränderung des Arbeitsortes vieler Beschäftigter ist der Schutz des Arbeitnehmers vor Übervorteilung von besonderer Bedeutung. Künftige Betriebsrats-Funktionen sind proaktiv auf diese Veränderungen der Arbeitswelt anzupassen.

f. Digitale und effiziente Verwaltung

- Das Land Berlin muss eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung von kreativen Verwaltungsreformen und einer bürgernahen und wirtschaftsfördernden Verwaltungsdigitalisierung einnehmen.
- Ziel muss es sein, die Berliner Verwaltung vollständig zu digitalisieren: alle Verwaltungsdienstleistungen sollen – sofern rechtlich möglich – elektronisch angeboten

werden und Daten, die bereits einmal an eine Berliner Behörde übermittelt wurden, nicht noch einmal vom Bürger erhoben werden.

- Das Vergaberecht muss überprüft und reformiert werden.

g. Sicherheit

- Wir wollen das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger durch zusätzliche Polizeikräfte, einen Ausbau der Staatsanwaltschaften und mehr Strafrichter sowie effektive präventive und repressive polizeiliche Maßnahmen verbessern.
- Wir brauchen mehr Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen.
- Geduldete Drogenkriminalität wie am Görlitzer Park ist nicht hinnehmbar.

h. Nachhaltige Haushaltspolitik

- Wir wollen stärker in den Erhalt und den Ausbau der physischen und digitalen Infrastruktur investieren.
- Bei landespolitischen und kommunalen Steuern und Abgaben, insbesondere dem Gewerbesteuerhebesatz, der Grundsteuer und der Grunderwerbsteuer ist Zurückhaltung erforderlich, um Unternehmen und Bürger zu entlasten.
- Unser Anspruch muss sein, im Länderfinanzausgleich bis 2030 vom Nehmer- zum Geberland zu werden.

2. Schlüsselbranchen für Berlin 2030

Unsere Vision von einer Wirtschaftsmetropole Berlin 2030 enthält folgende Schlüsselbranchen bzw. Cluster:

a. Start-up Hauptstadt Europas

- Wir wollen Gründungen vereinfachen. Neben einer „Gründerschutzzone“, die bürokratische und steuerliche Erleichterungen in den ersten drei Jahren umfassen soll, wollen wir in allen 12 Bezirken die Wirtschaftsförderung in einem „Welcome Office“

zusammenführen, das gerade internationalen Gründern und Fachkräften als Ansprechpartner für alle relevanten Fragen und Behördengänge dient.

- Die Berliner Politik muss alle Mittel und Wege nutzen, um auf bessere Finanzierungsmöglichkeiten in der Wachstumsphase hinzuwirken.
- Einer nachlassenden Gründungsdynamik in Berlin kann entgegengewirkt werden, wenn Ausgründungen aus den Berliner Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen eine noch stärkere Unterstützung finden.
- Wir wollen die bestehenden Förderprogramme für Start-Ups und KMU im Hinblick auf die Digitalisierung weiterentwickeln und, wo sinnvoll, neue schaffen.
- Wir wollen die Vernetzung zwischen Start-Ups, traditionellen Unternehmen und Investoren stärker fördern.
- Wir wollen nicht nur eine Stadt sein, die junge Menschen und Gründer anzieht. Wir wollen auch die Stadt sein, in der neue Unternehmen wachsen und Größe gewinnen.

b. Mobilitätsstadt Nummer 1 in Europa

- Das in Berlin angesiedelte Know-How an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Forschung, oftmals in Form von Start-ups mit revolutionären Ideen in den Bereichen Mobilität, Smart City und Cleantech, wollen wir fördern.
- Wir wollen, dass im Jahr 2030 mindestens 75 Prozent der Fahrzeuge in Berlin emissionsfrei sind.
- Wir wollen die strukturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, in denen sich eine emissionsneutrale Mobilität für Personen und Güter entwickeln kann. Dazu gehört der drastische, bedarfsgerechte und schnelle Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge des öffentlichen Nah- und des Individualverkehrs.
- Wir wollen Impulse setzen, die die Neugier und den Umstieg auf Elektromobilität zusätzlich fördern, etwa indem für begrenzte Dauer Busspuren zu geeigneten Zeiten für Elektrofahrzeuge geöffnet und auf Parkgebühren verzichtet wird.

- Wir brauchen Konzepte für eine erweiterte und geordnete Fahrradmobilität, elektrische Steh- und Sitz-Roller und holistische Ansätze, die unsere Mobilität grundlegend verändern, da sie vielfältiger und immer mehr auf geteilter Basis erfolgt.
- Große Potentiale zur Optimierung der Mobilität liegen u.a. in der „letzten Meile“ für den Gütertransport – wo heute große Lastfahrzeuge mit wenigen Paketen im Laderaum die Straßen vollstopfen, sollen in Zukunft auch Kleinstfahrzeuge, Drohnen oder selbstfahrende Roboter den Verkehr entlasten.
- Innovative Technologien und Konzepte müssen agil umgesetzt, erprobt und bewertet werden. Autonomes Fahren oder Drohnen, Roboter, Kleinstfahrzeuge zum Güter- und Personentransport sowie andere Technologien, die das Mobilitätskonzept unterstützen, müssen ausprobiert und bei Eignung schnell eingeführt werden können.
- Schnelle und unbürokratische Schaffung von Ladeinfrastruktur ist die Voraussetzung für den Erfolg der E-Mobilität. Daher sollen alle Laternen auf Antrag von Anwohnern als Ladepunkte und alle Parkscheinautomaten als Ladepunkte für E-Fahrzeuge eingerichtet werden. Bei allen Neubauvorhaben der städtischen Gesellschaften soll Ladeinfrastruktur mit eingerichtet werden. Durch eine Änderung der Bauordnung soll bei der Errichtung von Parkplätzen und Garagen eine Verpflichtung zum Einbau von Leerrohren umgesetzt werden, so dass dort jederzeit Ladeinfrastruktur einfach nachgerüstet werden kann.
- Durch zwei Bundesratsinitiativen soll die Schaffung von Ladeinfrastruktur in Miet- und Eigentumswohnungen gestärkt werden. So sollen Mieter auf eigene Kosten Ladeinfrastruktur einrichten dürfen und in Eigentümergemeinschaften sollen Ladeinfrastruktur selbst dann eingerichtet werden dürfen, wenn nicht 100% der Eigentümer dem zustimmen.
- Batteriewechselsysteme sind ein weiterer Baustein auf dem Weg in die E-Mobilität. Der Einsatz von Batteriewechselstationen für Taxen, Busse, LKW, andere Nutzfahrzeuge und Car-Sharing und die Planung eines stadtweiten Netzes von Batteriewechselstationen für Berlin soll daher gefördert werden.
- Bei Schulneubauten sollen neben den PV-Anlagen auf dem Dach auch Geothermie (Flächenkollektoren) auf Schulhöfen und Sportplätzen zum Einsatz kommen.

- Die Demontage von Heizöltanks soll durch das Land Berlin mit einer Prämie von 1000 Euro unterstützt werden, um so – z.B. bei Erneuerung der Heizungsanlage – den Umstieg auf saubere Energieträger zu erleichtern.

c. Künstliche Intelligenz und 3D-Druck – Chancen für Berlin als Industriestandort

- Wir wollen Berlin zu einem industriepolitischen Zentrum für Künstliche Intelligenz und 3D-Druck machen.
- Es gilt, die universitäre und außeruniversitäre Forschung in diesen Bereichen auszubauen und Unternehmen, die in diesen Industriefeldern tätig sind, aktiv nach Berlin zu holen.
- Dabei geht es um ein verstärktes individuelles Standortmarketing, die Vermittlung entsprechender Gewerbeflächen und finanzielle Unterstützung.

d. Europäische Gesundheitshauptstadt

- Wir wollen eine bessere Transformation und stärkere Verzahnung des Forschungs- und Wissenschaftsbereichs mit der Gesundheitswirtschaft Berlins erreichen, um das volle Potential, das Berlin im Gesundheitssektor hat, zu entfalten.
- Die beiden großen Krankenhauskonzerne Charité und Vivantes müssen in sinnvollen Teilbereichen strukturell miteinander verbunden werden, um entsprechende Stärken besser zu nutzen. Eine Fusion der beiden Unternehmen streben wir nicht an.
- Wir wollen die Stärken Berlins im Digital- und Gesundheitsbereich konsequenter nutzen und landeseigene Fördermöglichkeiten schwerpunktmäßig auf die Gesundheitswirtschaft ausrichten, etwa indem wir die Messe Berlin für die Gesundheitswirtschaft im Bereich E-Health nutzen.
- Wir wollen eine Plattform schaffen, um gemeinsam konkrete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, damit Berlin als Gesundheitshauptstadt Europas etabliert wird.

e. Kreativwirtschaft auf Weltniveau

- Die Kreativwirtschaft braucht nutzbare Gewerbeflächen, die ihren besonderen Bedürfnissen etwa im Hinblick auf Lärmemissionen genügen.
- Wir wollen Lösungen finden, wie etwa die quotale Ausweisung von Flächen für die Kreativwirtschaft und passgenaue Lärmemissionsregelungen, die die Interessen der Kreativwirtschaft mit denen der Anwohner in einen sachgerechten Ausgleich bringen.
- Wir wollen in der Berliner Verwaltung ein mehrsprachiges „Welcome Office“ schaffen, das gerade internationalen Arbeitskräften für alle relevanten Fragen und Behördengänge dient.

Berlin 2030 - Vision für eine Wirtschaftsmetropole

Freiräume für Innovationen

1. Der Wirtschaftsstandort Berlin heute

a. Berlin ist einzigartig

Die wechselhafte Geschichte Berlins und die Besonderheiten der Wiedervereinigung haben eine weltweit einzigartige Stadt geschaffen. Über viele Jahre wurde Berlin von Industrie, Gewerbe, Handwerk, Kulturschaffenden, dem Einzelhandel und dem Tourismussektor geprägt. Nach dem 2. Weltkrieg und dann erneut nach der Wiedervereinigung hat Berlin als Industriestandort an Attraktivität verloren. Auch aufgrund der Rückführung der speziellen Berlin-Förderung haben viele Industrieunternehmen der Stadt den Rücken gekehrt. Die Chancen, die die wiedervereinigte Stadt der Wirtschaft in den 90er Jahren eröffnet hat, wurden von den unterschiedlichsten Branchen genutzt. Vorhandene Unternehmen und Betriebe haben sich weiterentwickelt und expandiert, neue Unternehmen kamen dazu.

Heute ist Berlin eine Stadt, die spannend, überraschend und immer noch voller Chancen ist. Die Stadt pulsiert und trägt ein „kreatives Flair der Freiheit“ in sich. Dieses Gefühl ist ein wesentlicher Faktor dafür, dass Berlin immer noch eine besondere Anziehungskraft ausübt – auf die alteingesessenen Berliner in ihren Kiezen aber besonders auch auf junge Menschen aus dem In- und Ausland, die ein großes Maß an Kreativität, Schaffenskraft und Aufbruchstimmung nach Berlin bringen. Direkte Folge ist die Ansiedlung junger kreativer Unternehmen (Start-ups). Diese haben die vorhandene Berliner Wirtschaftsstruktur mit Industrie, Handel, Dienstleistungen, Handwerk und Tourismus in den letzten Jahren ergänzt. Start-ups sind mittlerweile ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor Berlins. Berlin ist die Start-up Hauptstadt Europas. Die damit einhergehende Internationalisierung der Stadt führt zu in ihrer Vielfalt einzigartigen Kulturangeboten und einer ausgeprägten attraktiven Ausgekkultur. Die vielfältige Hochschullandschaft mit breiter universitärer und außeruniversitärer Forschungslandschaft wirkt zudem als Magnet, um hochqualifizierte Fachkräfte anzuziehen. Sie hat mit dazu beigetragen, dass sich in Berlin ein wirtschaftlich starker Gesundheitssektor entwickelt hat. Als Stadt mit bewegter Geschichte und neue Hauptstadt hat sich Berlin zu einem touristischen Hotspot in Europa entwickelt, der Berlin gerade auch für den Handel attraktiv macht.

Neben den „Köpfen“, die diesen Aufstieg Berlins möglich gemacht haben, haben aber auch die besonderen Rahmenbedingungen nach der Wiedervereinigung mit vielen gewerblich nutz- und entwickelbaren Freiflächen sowie mit günstigen Wohnungs- und Büromieten den Erfolg Berlins bedingt.

Der Wirtschaftsstandort Berlin zeichnet sich durch seine Vielfältigkeit aus. Gewerbliche Wirtschaft, Handwerksbetriebe, Handel, Tourismus, Immobilienwirtschaft, Kreativ- und Kulturwirtschaft, Dienstleistungen, Industriebetriebe und Start-ups ergeben die Mischung, die Berlin besonders macht.

Diese Vielfalt gilt es zu erhalten. Wir müssen ein besonderes Augenmerk darauf richten, dass Berlin auch weiterhin attraktiv bleibt. Gerade auch durch die Digitalisierung stehen alle Unternehmen und Betriebe vor großen Herausforderungen. Um diese Herausforderungen zu meistern, müssen Politik und Unternehmen eng zusammenarbeiten. Nur gemeinsam kann Berlins Zukunft erfolgreich gestaltet werden.

b. Berlin hat Defizite

Mit der Einzigartigkeit Berlins im positiven Sinne korrespondieren Defizite, die nicht nur negativ für den Wirtschaftsstandort Berlin sind, sondern auch zu gesellschaftspolitischen Kontroversen führen. Um es deutlich auszusprechen und im Bild zu bleiben: Leider ist Berlin heute an einigen Stellen auch einzigartig schlecht.

Mit Blick auf die Wirtschaftspolitik des rot-rot-grünen Senats liegt das größte Defizit darin, dass der Senat keine Wirtschaftspolitik bzw. eine Politik gegen die Wirtschaft, die Unternehmen und Betriebe macht. Auch wenn es Initiativen und Bemühungen zur Standortförderung geben mag, der Umgang des Senats beispielsweise mit den Entwicklungsplänen von Siemens, dem Google-Campus in Kreuzberg oder der Ausübung des Vorkaufsrechts gegen das Unternehmen Hypoport zeigt die unternehmensfeindliche Einstellung der Berliner Regierung. Solche Fälle haben Signalwirkung und schaden dem Wirtschaftsstandort Berlin in hohem Maße.

Strukturell negativ ist die Entwicklung auf dem Immobilienmarkt. Schon heute fehlen Gewerbeflächen – nicht nur für junge Unternehmen, sondern auch für traditionelle Unternehmen und handwerkliche Betriebe, die für ein funktionierendes wirtschaftliches Ökosystem

genauso wichtig sind wie innovative Start-ups. Büroflächen werden knapper, günstige Wohnungen weniger. Die Verfügbarkeit von Wohnraum insgesamt wird zur sozialen Frage mit großem gesellschaftspolitischen Verhetzungspotential in der Stadtbevölkerung. Gegen diese Mängel sind stärkere Regulierung wie etwa die Mietpreisbremse das falsche Rezept. Es bedarf vielmehr schnellerer Genehmigungsverfahren und weniger baurechtlicher Regulierung, damit durch den Bau und die Entwicklung von Immobilien ein größeres Angebot entsteht.

Der amtierende rot-rot-grüne Senat macht das Gegenteil. Anstatt Haushaltsmittel zur Unterstützung des Neubaus zu verwenden, werden überteuerte Wohnungsbestände zurückgekauft und über Enteignungen von privaten Wohnungsunternehmen nachgedacht. Ein teurer ideologischer Irrweg, der zu keiner einzigen zusätzlichen Wohnung führt.

Auch bei der Infrastruktur ist Berlin einzigartig schlecht: Angefangen bei der maroden Infrastruktur im öffentlichen Personennahverkehr, holprigen Straßen und baufälligen Brücken, der Unfähigkeit, einen internationalen Flughafen fertig zu stellen, über ineffiziente Verwaltungen bis zu katastrophalen schulischen Bildungseinrichtungen mit zu wenigen qualifizierten Lehrkräften – in all diesen Bereichen hat Berlin signifikanten Verbesserungsbedarf und Investitionsstau.

Gleiches gilt für die öffentliche Sicherheit. Fehlende Polizeikräfte und Übergriffe auf unbeteiligte Dritte an zentralen Stellen in der Stadt führen zu Angst und einem Gefühl der Unsicherheit.

Viele dieser Mängel wirken sich unmittelbar negativ auf den Wirtschaftsstandort aus, etwa, wenn Gewerbetreibende und Arbeitnehmer im Stau stehen, Lieferverkehre behindert werden oder Geschäftsreisende und Touristen die Stadt nicht auf direktem Wege erreichen können. Daneben führen diese negativen Seiten Berlins dazu, dass die Attraktivität der Stadt für Fachkräfte und junge Familien sinkt. Schlechte Bildung für die Kinder oder Sorge um die eigene Sicherheit sprechen nicht für einen Umzug nach Berlin, um dort eine neue Arbeitsstelle anzutreten. An diesen Themen müssen wir arbeiten, da eine funktionierende Stadt und Verwaltung Grundvoraussetzung für eine starke Wirtschaft und gute Arbeitsplätze sind. Insofern müssen wir auch aus wirtschaftspolitischer Perspektive diese Dinge dringend angehen und beseitigen.

2. Der Wirtschaftsstandort Berlin 2030

Eine starke Wirtschaft ist Grundvoraussetzung dafür, dass Berlin auch im Jahr 2030 eine lebenswerte und vielfältige Stadt ist. Wir wollen, dass es den Menschen im Jahr 2030 besser geht als heute. Dafür brauchen wir Wachstum. Denn nur durch Wachstum kann zusätzlicher Wohlstand generiert werden. Wir müssen heute damit beginnen, die Grundlagen für dieses Wachstum zu legen, indem wir die Rahmenbedingungen für Unternehmen und Betriebe verbessern. Wir müssen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so gestalten, dass sich Unternehmen möglichst frei entfalten können, um Innovationen zu entwickeln. Unsere Maxime ist: Freiräume für Innovationen schaffen.

Berlin soll im Jahr 2030 als größte deutsche Metropole die Stadt der Chancen und unternehmerischer Freiheit sein, in der sichere Arbeitsplätze für heute und die Zukunft entstehen. Wir wollen bei den Branchen, die weltweit wachsen und an Bedeutung gewinnen, in der Forschung und Entwicklung führend sein und ihr Wachstum bei uns realisieren – eingebunden in ein starkes internationales Netzwerk der Metropolen.

a. Soziale Marktwirtschaft als Leitbild für eine selbstverantwortliche Landeswirtschaftspolitik

Wichtige wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen werden auf den Ebenen des Bundes und der Europäischen Union gesetzt. Gleichwohl verbleiben aufgrund unserer föderalen Strukturen weitreichende Möglichkeiten wirtschaftspolitischer Steuerung bei den Ländern. Diesem Ansatz liegt das Subsidiaritätsprinzip zugrunde. Die nächstgrößere staatliche Einheit greift erst ein, wenn die kleinere Einheit mit der Erfüllung ihrer Aufgaben überfordert ist. Damit geht eine hohe wirtschaftspolitische Selbstverantwortung der Länder einher. Tatsächlich hat sich gezeigt, dass es den Landesregierungen in unterschiedlichem Maße gelingt, mit dieser Verantwortung umzugehen. Während einzelne Länder in den vergangenen Jahrzehnten den Strukturwandel meisterten und hohes Wirtschaftswachstum ermöglichten, konnten sich andere Länder nicht aus dauerhaften Abhängigkeiten von Transferzahlungen anderer Länder und des Bundes lösen.

Die Landeswirtschaftspolitik hat einen hohen Einfluss auf den wirtschaftlichen Erfolg eines jeden Bundeslandes.

Leitbild unserer Wirtschaftspolitik ist eine moderne Soziale Marktwirtschaft. Sie verbindet wettbewerbliche Leistungsfähigkeit und Innovationskraft mit solidarischem Handeln und sozialer Absicherung. Darüber hinaus leistet sie einen nachhaltigen Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung.

Die zentrale Aufgabe der Landeswirtschaftspolitik Berlins ist es, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich die Wirtschaft Berlins so entfalten kann, dass die Ziele der modernen Sozialen Marktwirtschaft erreicht werden, dass Lebensqualität und Wohlstand der Berlinerinnen und Berliner bestmöglich gesteigert werden.

Dazu ist es notwendig, die persönlichen Freiheitsrechte zu sichern und Freiräume für das Wissen und die Kreativität der Menschen zu schaffen, damit diese ihr unternehmerisches Potential entfalten können. Das Handwerk sowie Industrie, Handel und Dienstleistung, ganz besonders die kleinen und mittleren Unternehmen, sind zu stärken – das Land hat sich als ihr Partner zu verstehen. Daher sind Landesregulierungen abzubauen, Bürokratiekosten zu senken und Eingriffe des Landes in die wettbewerbliche Wirtschaft oder gar Verstaatlichungen auf ein Minimum zu beschränken. Privatwirtschaftlicher Initiative ist grundsätzlich der Vorrang vor staatlichen Maßnahmen zu geben.

b. Rahmenbedingungen für eine zukunftsorientierte Landeswirtschaftspolitik

Aufbauend auf diesen Grundprinzipien, die uns Leitlinien und Richtschnur für eine Wirtschaftspolitik der CDU in Berlin sind, gilt es grundlegende Rahmenbedingungen positiv zu gestalten, damit sich die Wirtschaft bis zum Jahr 2030 gut entwickeln kann. Nur wenn die Standortfaktoren stimmen, bleibt Berlin als Wirtschaftsstandort attraktiv.

aa. Unternehmensfreundliche Wirtschaftspolitik

Innovative Produkte und Dienstleistungen bilden die Grundlage für Wohlstand und Lebensqualität. Gerade Berlin ist auf die Kreativität der Bürgerinnen und Bürger sowie die Bereitschaft der Unternehmen, immer wieder Neues zu wagen und kalkulierte Risiken einzugehen, angewiesen. Die Berliner Wirtschaft benötigt daher ein positives und innovationsfreundliches Investitionsklima mit einer ideologiefreien Verwaltung, eindeutig festgelegten Ansprechstellen bei den Landesbehörden sowie kurzen Bearbeitungsdauern und klaren Entscheidungen. Der Senat hat im In- und Ausland für Investitionen in Berlin zu werben und für

die Bereitstellung von Gewerbeflächen für expandierende heimische und für zuziehende Unternehmen zu sorgen. Gerade in diesem Bereich ist eine Abstimmung mit dem Land Brandenburg im Sinne eines übergreifenden Wirtschaftsraumes erforderlich. Der Senat muss Partner der Unternehmen und Betriebe sein und darf nicht gegen sie arbeiten. Deswegen brauchen wir in Politik und Verwaltung eine neue Willkommenskultur für Unternehmen, die an der Spitze des Senats, den Wirtschaftssenator bis hin zu den Bezirksämtern spürbar ist.

bb. Immobilienpolitik

Eine erfolgreiche Immobilienentwicklungspolitik, die auf die Förderung und Intensivierung des Wohnungsneubaus und von Gewerbeimmobilien ausgerichtet ist, muss dauerhaft ein Schwerpunkt der Berliner Politik sein. Gegen Wohnungs- und Gewerbeimmobilienknappheit gibt es vor allem ein Rezept: bauen, bauen, bauen. In Abwandlung des Lehrsatzes von Ludwig Erhardt „Sozial ist, was Arbeit schafft“ gilt für Berlin „Sozial ist, was Wohnraum schafft“. Hierfür brauchen wir neben einer zielführenden Förderung durch die öffentliche Hand auch eine Überprüfung und Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Dabei ist klar, dass der Bau von Wohnraum und die Entwicklung von Gewerbeflächen miteinander konfliktieren können. Hier gilt es einen angemessenen Ausgleich herbeizuführen, bei dem es keinen prinzipiellen Vorrang für Wohnraum gibt. Deshalb sind Maßnahmen, wie die Herausnahme von Gewerbeflächen aus dem Flächennutzungsplan, nur dann vorzunehmen, wenn gleichzeitig zusätzliche Gewerbeflächen ausgewiesen werden.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) leiden an der Gewerbeflächenknappheit. Dagegen könnte ein „Konzept Gewerbeflächen für KMU in Berlin“ helfen, mit dem bei Bauvorhaben ab einer Grundstücksgröße von 20.000 qm oder 50.000 qm Bruttogeschossfläche eine bestimmte Flächenquote (z. B. 10 Prozent) für kleine und mittlere Unternehmen vorzusehen ist. Gleichzeitig könnte das Konzept eine quotale Aufteilung für berlintypische Branchen enthalten (z. B. 30 Prozent Handwerk, 20 Prozent Kreativwirtschaft, 10 Prozent Einzelhandel und 40 Prozent Dienstleistungsunternehmen).

Gelingt es nicht, für ausreichend Wohnraum und Gewerbeflächen zu sorgen, wird der Zuzug der kreativen Köpfe und Fachkräfte zurückgehen und die Attraktivität des Standorts gerade für junge Unternehmen schwinden.

cc. Infrastruktur

Berlin hat – wie viele andere Städte in Deutschland – jahrelang von seiner Substanz gelebt. Auch unter CDU-geführter Regierung wurde zu wenig in seine Infrastruktur investiert. Folge sind marode Straßen und Brücken, die nunmehr schnellstmöglich instandgesetzt werden müssen. Dabei muss ein wirtschaftsfreundliches Baustellenmanagement dafür sorgen, dass die Behinderungen im Straßenverkehr für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die wirtschaftlichen Verkehre so gering wie möglich sind. Durch Prämien für vorzeitige Fertigstellung der Reparaturarbeiten – wie etwa bei der Sanierung der A 100 – sollen Auftragnehmer animiert werden, die Arbeiten zügig zu erledigen.

Ein Sinnbild für die Krise der Berliner Infrastruktur ist der Flughafen Berlin Brandenburg (BER). Berlin braucht zwingend ausreichende Kapazitäten für den Flugverkehr. Die schnellstmögliche Fertigstellung des BER muss höchste politische Priorität genießen. Auch die Offenhaltung des Flughafens Tegel scheint mittlerweile zwingend. Die Erschließung der Flughäfen durch den ÖPNV und funktionierende Taxiverkehre muss selbstverständlich gesichert sein.

Die Erreichbarkeit Berlins durch den Flugverkehr – und dazu gehören auch zusätzliche, attraktive Langstreckenverbindungen –, schnelle Bahn- und Straßenverbindungen ist Grundvoraussetzung für seine Attraktivität als Wirtschaftsstandort.

Berlin benötigt ein Luftverkehrskonzept. Gerade nach den kürzlichen Insolvenzen von air-berlin und Germania ist es erforderlich, dass die nötigen Anreize geschaffen werden, damit Fluggesellschaften auch interkontinental Berlin anfliegen. Internationale Flugverbindungen müssen akquiriert werden, Berlin muss ein internationales Drehkreuz werden und die Fluggast- und Cargokapazitäten müssen langfristig auf Wachstum geplant werden. Auf Bundesebene ist eine Senkung oder Abschaffung der Luftverkehrssteuer anzustreben, damit deutsche Luftverkehrsunternehmen international konkurrenzfähig bleiben. Insbesondere diese Punkte müssen in ein Luftverkehrskonzept einfließen, dass der Senat leider seit vielen Jahren schuldig bleibt. Hier muss auch ein Konzept für die verkehrliche Anbindung einfließen (insbesondere der erforderliche Ausbau der U-Bahnlinie U7 bis zum BER), gemeinsam mit dem Landkreis Dahme-Spreewald sind die Tarife für Taxis zu harmonisieren und der Flughafenstandort BER ist in das Berliner Tarifgebiet B des VBB einzubeziehen.

Im ÖPNV sind in den letzten Jahren dringende Modernisierungen unterblieben. Folge sind Zugausfälle, verstopfte Züge und Busse. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stecken auf dem Weg zur Arbeit fest. Gerade im Winter kommt es zu massiven Verspätungen. Ein funktionsfähiger ÖPNV ist aber Grundvoraussetzung für die wachsende Stadt Berlin. Dabei gilt es auch den Speckgürtel Berlins besser anzubinden.

Die Zukunft Berlins als Wirtschaftsstandort hängt auch von der Verfügbarkeit und Stabilität von schnellem Internet ab. Denn schnelles Internet ist notwendig, damit Unternehmen den digitalen Wandel erfolgreich bestehen. Wir begrüßen, dass Berlin schon in diesem Jahr zu einer 5G Modellregion werden soll. Entscheidend ist, dass nach dem zunächst geplanten Anschluss wichtiger Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorte das schnelle Netz in den kommenden Jahren auch zügig in der ganzen Stadt ausgebaut wird.

Unternehmen und Betriebe brauchen Möglichkeiten, um sich und ihre Produkte darzustellen. Ein geeignetes Mittel hierfür sind nach wie vor internationale Messen. Der Messestandort Berlin hat in den letzten Jahren an Attraktivität verloren. Dem gilt es gegenzusteuern durch ein klares Bekenntnis zum Masterplan Messe und dem damit verbundenen Ausbau bzw. der Erweiterung der Messe Berlin. Hierbei sollen auch private Investoren eingebunden werden. Das ICC sollte zeitnah saniert und zu einem Kongresszentrum ausgebaut werden. Die Messe Berlin soll in Berlin und international wachsen und Botschafter der Stadt sein.

dd. Bildung

Das Berliner Schulsystem ist alarmierend schwach. Der Mangel an ausgebildeten Lehrkräften führt dazu, dass das Schulsystem zum Standortnachteil für den Zuzug von Fachkräften wird. Gerade in den für MINT-Berufe besonders relevanten naturwissenschaftlichen Fächern und in Deutsch sind Berliner Schüler deutlich schlechter als Schüler aus anderen Bundesländern. Die Berliner Schulen müssen daher deutlich gestärkt werden. Eine bessere Ausstattung und mehr qualifizierte Lehrer sind Grundvoraussetzung, um das Schulwesen zu verbessern. Zudem sind digitale Bildung, Grundlagen der Wirtschaft und das Thema Selbstständigkeit und Gründung im Lehrplan zu stärken bzw. darin aufzunehmen. Wir wollen, dass im Jahr 2030 Berliner Schulen auf deutschem und europäischem Spitzenniveau sind und sich unsere Absolventen nicht hinter bayerischen oder sächsischen Schulabgängern verstecken müssen.

Ein gegenteiliges Bild zeigt sich, wenn man Berlin als Wissenschaftsstandort betrachtet. Mit seinen führenden Universitäten, Fachhochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen ist Berlin international herausragend. Die Berliner Wirtschaft ist auf die Absolventinnen und Absolventen angewiesen, denn sie stellen als wissenschaftlich qualifizierte Fachkräfte wichtige Impulsgeber für die Innovationskraft der Unternehmen dar. Dies gilt besonders in den MINT-Fächern.

Um eine möglichst gute Verzahnung von Theorie und Praxis im Rahmen des Studiums zu ermöglichen, sollten Plattformen der Zusammenarbeit geschaffen werden. Der Ausbau praxisnaher Studiengänge und des Dualen Studiums ist ebenso zu fördern wie die Bereitstellung von Praktikumsplätzen für Studierende. Unternehmen sollen angeregt werden, leistungsorientierte Studierende zu unterstützen, z.B. unter Nutzung des Deutschland-Stipendiums. Die Career Services der Hochschulen sollten in der Weise gestärkt werden, dass sie den Studierenden in Abstimmung mit den Unternehmen Karrierechancen in der Berliner Wirtschaft aufzeigen und vermitteln können.

Die Durchlässigkeit des Bildungssystems ist weiter zu fördern. So sind insbesondere systematische Maßnahmen zu begrüßen, die im Fall des Studienabbruchs zu unproblematischem Wechsel in eine duale berufliche Ausbildung führen. Um die Attraktivität der beruflichen Ausbildung zu stärken, ist es erforderlich, dass die dort erworbenen Kompetenzen auch für ein mögliches späteres Studium verlässlich Anerkennung finden können.

Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen befähigt werden, ihre Forschungsergebnisse im Rahmen des Wissens- und Technologietransfers für die Berliner Wirtschaft zugänglich zu machen und einen Schutz ihrer Erfindungen zu ermöglichen. Dazu wird neben angemessenen Ressourcen und positiven Anreizstrukturen ein institutioneller Rahmen benötigt, der die stark fragmentierten Transferaktivitäten ablöst. Es müssen Strukturen entstehen, die einen Prozess des Erkenntnisaustausches zwischen Wissenschaft und Wirtschaft hinsichtlich ihrer jeweiligen Innovationsbedarfe und -potentiale möglich machen. Gerade die Berliner KMU sollen von einem vereinfachten Zugang zur Wissenschaft profitieren. Um dieses Ziel zu erreichen, sind unbürokratische und niederschwellige Formen der kooperativen angewandten Forschung zu entwickeln und zu fördern.

Gut ausgebildete Menschen sind die Basis für eine innovationsstarke Berliner Wirtschaft. Bildung ist auch der beste Weg, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden und Integration zu ermöglichen.

ee. Digitale und effiziente Verwaltung

Die öffentliche Verwaltung in Berlin steht heute leider oft für Ineffizienz und Langsamkeit. Das Land Berlin muss eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung von kreativen Verwaltungsreformen und einer bürgernahen und wirtschaftsfördernden Verwaltungsdigitalisierung einnehmen. Ziel muss es sein, die Berliner Verwaltung vollständig zu digitalisieren: alle Verwaltungsdienstleistungen sollen – sofern rechtlich möglich – elektronisch angeboten werden und Daten, die bereits einmal an eine Berliner Behörde übermittelt wurden, nicht noch einmal vom Bürger erhoben werden. Das Vergaberecht muss überprüft und reformiert werden.

Dazu ist Veränderungsbereitschaft ebenso notwendig wie Investitionen und Qualifizierung des Verwaltungspersonals – der simple Ruf nach einer Ausweitung des Personalbestands im öffentlichen Dienst ohne Strukturveränderungen in den Zuständigkeitsbereichen der Senats- und Bezirksverwaltungen, greift zu kurz.

ff. Sicherheit

Das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger ist nicht nur aus gesellschaftspolitischer Perspektive eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Auch wirtschaftspolitisch ist es ein entscheidender Standortfaktor. Fehlende Polizeikräfte, Übergriffe auf unbeteiligte Dritte an zentralen Orten und Ohnmachtsgefühle gegenüber kriminellen Clanstrukturen verunsichern die Menschen gerade in Berlin. Dem muss durch zusätzliche Polizeikräfte, einen Ausbau der Staatsanwaltschaften und mehr Strafrichter sowie effektive präventive und repressive polizeiliche Maßnahmen begegnet werden. Wir brauchen mehr Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen. Geduldete Drogenkriminalität wie am Görlitzer Park ist nicht hinnehmbar. Wir wollen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger sicher fühlen und auch nachts ohne Angst auf die Straßen gehen können.

gg. Nachhaltige Haushaltspolitik

Ein zu geringer Anteil des Landeshaushaltes wird für zukunftsichernde Investitionen ausgegeben. Statt in den Erhalt und den Ausbau der physischen und digitalen Infrastruktur zu investieren, wird zu viel Geld für Transfers ausgegeben. Dieses Verhältnis muss umgekehrt werden. Ein Schlüssel zur Umkehr liegt in der Konsolidierung des Landeshaushaltes.

Bei landespolitischen und kommunalen Steuern und Abgaben, insbesondere dem Gewerbesteuerhebesatz, der Grundsteuer und der Grunderwerbsteuer ist Zurückhaltung erforderlich, um Unternehmen zu entlasten. Niedrige Kommunalabgaben und Steuern sind ein Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Kommunen und ziehen neue Unternehmen an.

Unser Anspruch muss es sein, im Länderfinanzausgleich bis 2030 vom Nehmer- zum Geberland zu werden. Andere Bundesländer haben dies durch eine konsequente, wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik mit gleichzeitiger Überprüfung ihrer Ausgabenstrukturen geschafft.

c. Rahmenbedingungen für eine zukunftsorientierte Landesarbeitsmarktpolitik

aa. Arbeit 4.0: Herausforderungen eines digitalen Arbeitsmarktes be- und ergreifen!

Gut ausgebildete Fachkräfte sind das Herzstück unseres Wohlstands. Die zunehmende Digitalisierung wird nicht nur unsere Gesellschaft und Wirtschaft, sondern auch unsere Arbeitswelt verändern. Die Anforderungsprofile sowohl an die Arbeitnehmer, als auch die Arbeitgeber werden sich zunehmend verändern und auch kontinuierlich weiterentwickeln.

Arbeit für alle bleibt unser Ziel, deshalb wollen wir die Chancen der Digitalisierung für neue und vor allem sichere Arbeitsplätze nutzen. Hierfür müssen wir die Voraussetzungen für ein lebenslanges Lernen schaffen, welches sich immer wieder an den Anforderungen der Zukunft orientiert.

Die Angst vor einem Jobverlust oder der Überforderung am Arbeitsplatz durch die Digitalisierung müssen wir ernst nehmen. Wir müssen sicherstellen, dass sich die Menschen beim Wandel nicht allein gelassen fühlen, sondern stattdessen gut unterstützt, die neuen Herausforderungen anzunehmen. Qualifizierung ist der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes!

Durch die Digitalisierung werden einige Berufe obsolet werden, im Gegenzug werden sich aber neue Berufe entwickeln. Gleichzeitig werden sich viele bereits bestehende Tätigkeitsfelder weiterentwickeln. Dies setzt neue (Arbeits-)Strukturen und Organisationsformen voraus. Zugleich bietet sie Platz für neue Handlungsspielräume zur Entfaltung des individuellen Lebensentwurfs. Hierbei ist es Aufgabe der Politik, flexible Rahmenbedingungen zu setzen, die kontinuierliche Anpassungen und Innovationen erlauben.

Kompetenzen wie Lernbereitschaft, IT- und Medienkompetenz sowie die Fähigkeit zur Gestaltung von Innovationsprozessen werden zukünftig immer wichtiger. Diese müssen sich als Querschnittsaufgabe durch alle Lernbereiche des Lebens ziehen, angefangen im vorschulischen Bereich bis hin zu sämtlichen Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen.

Auch die Bundesregierung hat beim Thema der Digitalisierung die Führung angenommen. Mit dem Qualifizierungschancengesetz, das am 18. Dezember 2018 verabschiedet wurde, bekommen Unternehmen staatliche Weiterbildungszuschüsse für ihre Mitarbeiter. Dies setzt voraus, dass die Weiterbildung dazu beiträgt, Arbeitnehmer fit für die digitale Arbeitswelt zu machen. Zudem wurde dadurch die Weiterbildungsberatung der Bundesagentur für Arbeit gestärkt.

Mit dem DigitalPakt werden Schulen einen wichtigen Schritt Richtung digitaler Welt gehen können. Berlin bekommt aus dem 5-Milliardenprogramm des Bundes 257 Millionen Euro, die der digitalen Vernetzung der Schulgebäude, dem Ausbau des WLANs sowie im weiteren Verlauf der Anschaffung von mobilen Endgeräten dienen sollen.

Mit MILLA (Modulares Interaktives Lebensbegleitendes Lernen für Alle) soll eine deutschlandweite Weiterbildungsplattform etabliert werden, die online alle bestehenden und alle neu hinzukommenden Weiterbildungsangebote bündelt und jedem zur Verfügung stellt. Um mehr Menschen für Weiterbildungen zu begeistern, sollen verschiedene Anreize in Form von Kompetenzpunkten oder Prämien gesetzt werden, genauso sollen Anbieter je nach Erfolg und Qualität ihrer Angebote vergütet werden. Letzteres soll von unabhängiger Stelle regelmäßig überprüft werden.

Den Wandel zur Arbeitswelt 4.0 müssen wir politisch gestalten. Die neuen Entwicklungen werden und sollen sich durch alle Phasen des Lebens ziehen. Von der Kita bis zum Rentenalter müssen wir die Menschen vorbereiten. Deshalb müssen wir eine neue Weiterbildungskultur unter Einbeziehung modernster technischer Möglichkeiten schaffen.

Die Herausforderungen werden sein, ein lebenslanges Lernen zu fördern und die Notwendigkeit hierfür im Bewusstsein der Menschen zu verankern. Hinzu kommt, passgenaue Angebote zur Weiterbildung zu entwickeln und auch zu ermöglichen, um die maßgeblichen Kompetenzen für die digitale Arbeitswelt zu erlernen. Die einmal erlernten Berufsabschlüsse „reichen“ künftig nicht mehr für das gesamte Berufsleben.

bb. Bereich Schule/ Ausbildung: Nur eine starke Schule kann starke Arbeitnehmer und selbstbewusste Menschen hervorbringen!

Bereits in der Schule muss die Digitalisierung beginnen und allen Kindern digitale Technologien und Kompetenzen zugänglich gemacht werden.

Unser Ziel ist es, dass spätestens ab 2030 jeder Grundschüler ab Klasse 3 einen Computer oder ein Tablet überlassen bekommt.

Das Thema Medienkompetenz wurde bereits an einigen Schulen in die bestehenden Lehrpläne aufgenommen. Hierbei wird aber weniger die Entwicklung von Technologien, als lediglich deren Anwendung vermittelt. Natürlich muss auch der Umgang mit neuen Technologien gelehrt werden und flächendeckend Einzug an unseren Schulen erhalten. Es sind die bestehenden Lehrpläne durch die Kernkompetenzen und -fähigkeiten für die digitale Zukunft zu erweitern.

Die MINT-Bildung muss weiter gestärkt werden.

Die Berliner Schulen müssen zu bildungspolitischen Digitalleuchttürmen entwickelt werden. Hierfür sind auch die Lehrer ausnahmslos über die neuen Lehrmedien und deren Anwendung sowie das Basiswissen der Programmierung und Informatik auszubilden. Nur auf diese Weise können aus unseren Schülern später gut ausgebildete Fachkräfte entstehen.

Die hohe Zahl der Schulabbrecher ohne Abschluss, die hohe Zahl der Schulschwänzer zeigt ganz deutlich, die verfehlte Bildungspolitik des rot-rot-grünen Senats muss endlich korrigiert werden um die Fachkräfte von morgen ausbilden zu können. Daher müssen weitere Maßnahmen eingeleitet werden:

Die notwendigen Voraussetzungen für eine verpflichtende Sommer-Schule („Summer-School“) für Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen im deutschen Schulsystem sind zu implementieren.

Künftig sollen Schüler und Eltern mit Migrationshintergrund gemeinsam über unser Bildungssystem informiert werden.

Wir wollen unter Einbeziehung der Jugendberufsagenturen, dass alle Kinder ab Klasse 8 hinsichtlich ihrer Eignungen und Talente geprüft und mit potentiellen Berufsfelder vertraut gemacht werden. In diesem Rahmen ist ebenfalls der Einsatz von Online-Eignungsprüfungen wie MySkills o.Ä. zu prüfen. In den Lehrplänen soll der Bezug zu Ausbildungsberufen aufgenommen werden, damit sämtliche Berufsfelder wahrgenommen werden können.

Darüber hinaus soll optional eine aufsuchende persönliche Berufsberatung für Jugendliche im familiären Umfeld stattfinden.

Wir wollen jedem Berliner Jugendlichen eine gute Schul- und Berufsausbildung ermöglichen. Ziel ist das konsequente Hinleiten zu einem Schulabschluss und in eine weiterführende Ausbildung (duale Ausbildung oder Studium). Es dürfen in Berlin nicht mehr 13% der Jugendlichen ohne Schulabschluss auf die Straße geschickt werden.

Um das Schulschwänzen in den Griff zu bekommen, wollen wir eine elektronische Zeiterfassung an den Schulen als disziplinarische Maßnahme für diejenigen Jugendlichen, die mehr als vier unentschuldigte Fehlzeiten in einem Schuljahr haben. Zudem soll eine „Zentrale Berliner Beratungsstelle Schulversäumnis“ eingerichtet werden, die eine verpflichtende Beratung/Betreuung für Schüler und deren Eltern ab der vierten Fehlzeit durchführt. Darüber hinaus sollen diese Eltern elektronischen Zugriff auf Anwesenheitszeiten ihrer Kinder in der Schule haben.

Die Möglichkeit der Online-Lehr-Videos für ausgefallenen bzw. nachzuholenden Fachkunde- Unterricht ist von der Senatsverwaltung für Bildung zu prüfen.

An Schulen sollen Vortragsveranstaltungen der IHK der Initiative „Ich mach mich selbstständig!“ regelmäßig stattfinden, zudem sollen Schülerfirmen durch Externe von IHK, Handwerkskammer und Ehrenamtlichen begleitet werden können. Wir wollen eine systematische Förderung der Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen und damit verbunden die Ausweitung von Pflicht-Praktika.

Wir wollen die breitgefächerte Einführung des Berufsabiturs und die Verknüpfung von Gesellenprüfung und Abitur als Doppelqualifizierung.

Es müssen einerseits neue Formen der Ausbildung entwickelt werden sowie die „alten“ durch die Berufspartner (Weiterbildungsmodule in IHK, Gewerkschaften, Handwerkskammer) auf den neuesten Stand (z.B. durch neue Module) gebracht werden.

Aufgrund zunehmender Internationalisierung wollen wir, dass die Erasmus-Programme für junge Menschen attraktiver werden. Ziel muss es sein, dass mindestens 10 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch einen Austausch Erfahrungen im Ausland sammeln.

Die Anrechnung der Ausbildungsvergütung auf das Arbeitslosengeld II senkt die Anreize von Jugendlichen (bzw. deren Eltern) in Bedarfsgemeinschaften, eine Ausbildung aufzunehmen. Eine Reform dieser Regelung sollte Berlin über eine Bundesratsinitiative anstoßen.

cc. OSZ/ Übergangssystem

Es sollen die Voraussetzungen für eine Sommerschule („Summer-School“) für Teilnehmer mit ungenügenden Deutschkenntnissen mit berufsvorbereitenden Kursen geschaffen werden. Für Azubis mit Sprachdefiziten soll der Ausbildungsstart vorgezogen werden für eine berufsbezogene Sprachvermittlung.

Wir wollen, dass die Ausbildereignungsprüfung der IHK und Handwerkskammer als Befähigung für die Berufsschule akzeptiert wird und die Ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH) von Beginn der Ausbildung an ausbauen.

Die Berliner Oberstufenzentren sollen für bestimmte Ausbildungsgänge die Möglichkeit des Fernunterrichts per Übertragung im Internet anbieten.

dd. Das Handwerk als Partner in der Ausbildung anerkennen und stärken!

Wir wollen, dass mehr Ausbildungsplätze in Teilzeit angeboten werden.

Wir wollen, dass die Ausbildungsgänge zu modularen Ausbildungen (Abschnitte für mehrere Monate) weiterentwickelt werden und eine Einführung von Zwischenprüfungen, die auch bei Wechseln des Ausbildungsberufes oder Abbruch der Ausbildung als Befähigungsnachweis dienen können.

Die Meisterpflicht soll wieder eingeführt werden, damit die Betriebe mit Ausbildungsbefähigung wieder ausgeweitet werden können.

Die Meisterqualifikation darf gegenüber einem Studium finanziell nicht benachteiligt werden. Wir wollen die Gleichstellung von Studium und Meisterfortbildung durch die Einführung einer Meisterprämie.

Angehende Meister, aber auch Techniker, Fachwirte und Berufspädagogen, sind von Lehrgangs- und Prüfungsgebühren zu befreien, um sie mit Studenten, die gebührenfrei studieren, gleichzustellen.

ee. Universitätsausbildung und Berufsausbildung effektiv miteinander verbinden!

Die Universitäten spielen in der Berufswelt der Zukunft eine bedeutende Rolle. Wir wollen eine systematische Verankerung einer berufsorientierenden Beratung für (potentielle) Studienabbrecher und die formale Anerkennung von erfolgreich abgeschlossenen Universitätsleistungen für die duale Ausbildung. Diese soll zu einer Verkürzung der Ausbildungsdauer führen.

Darüber hinaus soll es eine systematische Förderung dualer Studiengänge geben, die neben einem akademischen Abschluss auch einen Gesellenabschluss ermöglichen. Master-Abschlüsse für Duale Studiengänge sollen eingerichtet werden.

Die Volkshochschulen müssen für die Weiterentwicklung auf dem Arbeitsmarkt ertüchtigt werden und weiterführende modulare Ausbildungen verstärkt anbieten.

ff. Bereich Weiterbildung/ Fortbildungsmöglichkeiten: Lebenslanges Lernen darf nicht zur Floskel werden!

Die Ausübung einer Tätigkeit wird künftig in zunehmendem Maße von Aus- und Fortbildungsphasen begleitet sein, lebenslanges Lernen wird zum Standard werden. Aus- und Weiterbildungen müssen zukünftig stärker aufeinander abgestimmt werden. Insbesondere die Weiterbildungsmöglichkeiten werden eine zentrale Rolle beim Übergang zur Arbeit 4.0 spielen. Arbeitgeber haben hierbei eine besondere Verantwortung.

Wir wollen, dass Gelder für die Weiterbildung der Beschäftigten in Unternehmen regelhaft zurückgestellt werden. Diese Weiterbildungsrückstellungen sollen steuerfrei in den Unternehmen gesichert werden. Als Orientierungswert seien hier 1.000 Euro pro Mitarbeiter im Jahr genannt. Diese dürfen ausschließlich für Schritte in Richtung Anpassung auf die Digitalisierung verwendet werden. Ausgaben für berufliche Weiterbildung von Privatpersonen sollen steuerlich gefördert werden.

Die Beratung zu beruflicher Weiterentwicklung soll u.a. kompetent durch die Arbeitsagentur erfolgen.

gg. Flexible Arbeitszeitmodelle schaffen für eine sichere Zukunft!

Die aktuellen Anforderungen an einen festen Arbeitsort und streng geregelte Arbeitszeiten werden der zukünftigen Arbeit nicht mehr gerecht. Wir wollen die Arbeitszeitsouveränität der Arbeitnehmer stärken und gleichzeitig den Flexibilitätsanforderungen der Arbeitgeber nachkommen.

Es werden neue Möglichkeiten durch flexibleres Arbeiten entstehen, da die Ausübung vieler Tätigkeiten nicht mehr von einem bestimmten Ort oder einer festen Arbeitszeit abhängig ist bzw. sein wird. Neben der Digitalisierung nimmt auch die zunehmende Internationalisierung dabei einen besonderen Stellenwert ein. International tätige Menschen müssen sich beispielsweise auf Zeitunterschiede einstellen oder auch darauf, dass Feiertage in Deutschland nicht zugleich Feiertage in anderen Ländern sind. Unter anderem deshalb müssen wir zu mehr flexiblen Arbeitszeitmodellen kommen. Es muss jedoch stets darauf geachtet werden, dass sowohl Arbeitgeber, als auch Arbeitnehmer gleichermaßen von den neuen Modellen profitieren.

Gleichzeitig bedeuten diese nämlich auch mehr Eigenverantwortung und lebensphasenorientiertes Arbeiten für den Einzelnen, in dem die Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser

zu gewährleisten sein wird. Hierfür ist aber zwingend der Ausbau von Kita-Plätzen voranzutreiben.

Wir wollen eine bessere Versorgung mit Kitas insbesondere für die Tagesrandzeiten. Langzeitarbeitslose unter 25 Jahren sowie Menschen in Erstausbildung müssen durch die Jugendämter stärker als bisher bei der Kitaplatzsuche unterstützt werden.

hh. Betriebliche Mitbestimmung und starke Sozialpartnerschaft als Voraussetzung für erfolgreiche Gestaltung des Wandels in der Arbeitswelt

Betriebliche Mitbestimmung sorgt für gute Arbeitsbedingungen, die Einhaltung grundlegender Schutzvorschriften, gerechte Löhne – aber auch für die Zukunftsfähigkeit der Betriebe. Für die neuen Arbeitszeitmodelle und die Veränderung des Arbeitsortes vieler Beschäftigter ist der Schutz des Arbeitnehmers vor Übervorteilung von besonderer Bedeutung. Künftige Betriebsrats-Funktionen sind proaktiv auf diese Veränderungen der Arbeitswelt anzupassen.

Viele Beschäftigungsmodelle werden grenzübergreifend organisiert, daher ist auch eine grenzübergreifende Beschäftigungsvertretung vorzusehen.

Zunehmende Flexibilisierung der Arbeitswelt muss unmittelbar mit zunehmender Sicherheit verbunden werden.

ii. Fazit: Herausforderungen annehmen und Chancen nutzen – Strukturen statt Reglementierungen schaffen!

Die Herausforderungen an die Arbeit 4.0 sind enorm. Um die Fachkräfte entsprechend ausbilden zu können, bedarf es großer Anstrengungen, viele davon setzen bereits vor der Digitalisierung an. Es wird aber auch in Zukunft weiterhin viele ungelernte Arbeitskräfte geben, die weder einen Schul- noch einen Ausbildungsabschluss haben. Auch für sie müssen zukünftig verantwortungsbewusst Arbeitsplätze in Wirtschaftsbetrieben organisiert und bereitgestellt werden.

Ohne die Reduzierung der Schulabbrecher ohne Schulabschluss und ohne die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sowie der Langzeitarbeitslosigkeit werden wir aber den Fachkräftemangel nicht in den Griff bekommen.

Für die Herausforderungen der Zukunft ist der derzeitige Senat nur unzureichend vorbereitet. Es muss ein Ruck durch unser Bildungssystem gehen, damit Berlin für die Digitalisierung und der Wandel der Arbeitswelt ein Vorreiter wird und nicht den Veränderungen hinterherläuft. Die CDU steht bereit für die sofortige Regierungsübernahme!

d. Schlüsselbranchen für Berlin 2030

Wie Berlin und wie die Berliner Wirtschaft im Jahr 2030 aussehen, lässt sich heute nicht vorhersagen. Der wissenschaftliche und technische Fortschritt wird durch die Nutzung künstlicher Intelligenz nochmals an Schnelligkeit zunehmen. Produktzyklen werden sich weiter verkürzen. Was heute noch neu war, ist morgen schon veraltet.

Und selbst wenn man vorhersagen könnte, wie die Berliner Wirtschaft im Jahr 2030 aussieht, wäre es nicht die Aufgabe der Politik, den Weg dorthin vorzugeben. Wir wollen gerade keine Planwirtschaft, in der detaillierte Vorgaben für die Zukunft gemacht werden. Vielmehr wollen wir den Rahmen setzen, damit sich Wirtschaft und Gesellschaft im Interesse aller Beteiligten bestmöglich entwickeln und möglichst viele Menschen am Wachstum und dem damit verbundenen Wohlstand teilhaben.

Gleichwohl ist es Aufgabe der Politik, Orientierung zu geben, indem wir den Status quo bewerten, Entwicklungen verfolgen, analysieren und daraus Schlussfolgerungen für die Zukunft ziehen. Dies gilt auch für die Wirtschaftspolitik. Bürgerinnen und Bürger wollen von ihren Politikern wissen, welche Vorstellungen sie von der Zukunft haben.

Unsere Vision von einer Wirtschaftsmetropole Berlin 2030 enthält folgende Schlüsselbranchen bzw. Cluster:

aa. Start-up Hauptstadt Europas

Auch im Jahr 2030 sollen Start-ups eine Schlüsselrolle in Berlin spielen. Sie sind und bleiben ein wesentlicher Innovationsmotor. In ganz besonderem Maße sind es die Hochtechnologie-Gründungen, die dauerhafte Wachstums- und Beschäftigungseffekte ermöglichen.

Entscheidend dafür, dass Berlin seine Rolle als Start-up Hauptstadt verteidigen kann, wird sein, dass wir die o.g. Rahmenbedingungen zügig schaffen: Mehr Wohnraum und Gewerbeflächen, bessere Bildung, eine funktionierende Infrastruktur gerade mit Blick auf die digitale

Infrastruktur und eine effiziente Verwaltung sind Grundvoraussetzung für den Verbleib und die Neuansiedlung junger kreativer Unternehmen.

Wir wollen Gründungen vereinfachen. Neben einer „Gründerschutzzone“, die bürokratische und steuerliche Erleichterungen in den ersten drei Jahren umfassen soll – der Gründer soll sich um sein Produkt kümmern und nicht um die Bürokratie –, wollen wir in allen 12 Bezirken die Wirtschaftsförderung in einem „Welcome Office“ zusammenführen, das gerade internationalen Gründern und Fachkräften als Ansprechpartner für alle relevanten Fragen und Behördengänge dient. Sprachkompetenz der Verwaltungsmitarbeiter muss dabei zwingend gewährleistet sein.

Daneben haben es junge Unternehmen häufig schwer, in der entscheidenden Wachstumsphase das notwendige Kapital zu bekommen. Das ist nicht nur ein Berliner, sondern ein nationales Problem, das der Bund lösen muss. Die Berliner Politik muss alle Mittel und Wege nutzen, um auf entsprechende Änderungen durch den Bundesgesetzgeber hinzuwirken.

Einer nachlassenden Gründungsdynamik in Berlin kann entgegengewirkt werden, wenn Ausgründungen aus den Berliner Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen eine noch stärkere Unterstützung finden. Das in dieser für Berlin besonders wichtigen Form des Wissens- und Technologietransfers liegende Wachstums- und Beschäftigungspotential wird derzeit nicht ausgeschöpft. Studierenden aber auch die Forscherinnen und Forscher sollen für die Chancen der Unternehmensgründung sensibilisiert werden und umfassende Unterstützung erfahren. Hierzu sind entsprechende Lehrveranstaltungen anzubieten, die vielfach verstreuten Beratungs- und Förderstrukturen sind im Sinne einer weiteren Professionalisierung und höherer Sichtbarkeit zu konsolidieren. Das Land hat die Aufgabe, diese wichtige Leistungsdimension der Wissenschaftseinrichtungen finanziell angemessen auszustatten und so Gründungszentren auf internationalem Spitzenniveau zu ermöglichen.

Wir setzen uns für eine investitionsfreundliche Atmosphäre in Berlin ein und wollen die bestehenden Förderprogramme für Start-ups und KMUs im Hinblick auf die Digitalisierung weiterentwickeln und, wo sinnvoll, neue schaffen. Zudem wollen wir die Vernetzung zwischen Start-ups, traditionellen Unternehmen und Investoren stärker fördern.

Berlin ist eine Stadt, die die Veränderung, den Wandel in ihrer DNA hat. Wir wollen in Berlin mutig vorangehen, neuen Technologien und Geschäftsmodellen eine Chance geben und als Stadt von dieser Offenheit profitieren. Wir wollen nicht nur eine Stadt sein, die junge Menschen und Gründer anzieht. Wir wollen auch die Stadt sein, in der diese neuen Unternehmen wachsen und an Größe gewinnen.

bb. Mobilitätsstadt Nummer 1 in Europa

Wir wollen die Mobilität in Berlin bis 2030 gestalten. Berlin soll zur Mobilitätsstadt Nummer 1 in Europa werden.

Dazu bedarf es insbesondere der Förderung und konsequenten Nutzung technologischer Innovationen. Das in Berlin angesiedelte Know-how an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Forschung, oftmals in Form von Start-ups mit revolutionären Ideen in den Bereichen Mobilität, Smart City und Cleantech, bietet bereits heute eine gute Grundlage, um Berlin als europäischen Spitzenreiter und Vorbild für andere Metropolen zu stärken. Wir wollen dieses Potential fördern und die Innovationskraft dieser Stadt auf die Straße bringen.

Die Mobilität der Zukunft ist emissionsfrei, smart und sicher. Wir wollen, dass im Jahr 2030 mindestens 75 Prozent der Fahrzeuge in Berlin emissionsfrei sind, also mit Hilfe von erneuerbar erzeugtem Strom oder anderen nicht-fossilen Energieträgern angetrieben werden. Um dies zu ermöglichen, braucht es ein gesellschaftliches und politisches Umdenken. Wir wollen die strukturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, in denen sich eine emissionsneutrale Mobilität für Personen und Güter entwickeln kann. Dazu gehört der drastische, bedarfsgerechte und schnelle Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge des Öffentlichen Nah- und des Individualverkehrs. Hier müssen die verschiedenen Technologieansätze zum Laden der Fahrzeuge im Hinblick auf die verschiedenen Anwendungsfälle und Ladebedarfe sinnvoll kombiniert werden. Wir wollen zudem kurzfristige Impulse setzen, die die Neugier und den Umstieg auf Elektromobilität zusätzlich fördern. Denkbar sind etwa für begrenzte Dauer das Öffnen der Busspuren zu geeigneten Zeiten ausschließlich für Elektrofahrzeuge und der Verzicht auf Parkgebühren.

Schnelle und unbürokratische Schaffung von Ladeinfrastruktur ist die Voraussetzung für den Erfolg der E-Mobilität. Daher sollen alle Laternen auf Antrag von Anwohnern als Ladepunkte und alle Parkscheinautomaten als Ladepunkte für E-Fahrzeuge eingerichtet werden.

Bei allen Neubauvorhaben der städtischen Gesellschaften sollen Ladeinfrastruktur mit eingerichtet werden. Durch eine Änderung der Bauordnung soll bei der Errichtung von Parkplätzen und Garagen eine Verpflichtung zum Einbau von Leerrohren umgesetzt werden, so dass dort jederzeit Ladeinfrastruktur einfach nachgerüstet werden kann.

Durch zwei Bundesratsinitiativen soll die Schaffung von Ladeinfrastruktur in Miet- und Eigentumswohnungen gestärkt werden. So sollen Mieter auf eigene Kosten Ladeinfrastruktur einrichten dürfen und in Eigentümergemeinschaften Ladeinfrastruktur selbst dann eingerichtet werden dürfen, wenn nicht 100% der Eigentümer dem zustimmen.

Batteriewechselsysteme sind ein Baustein für das Gelingen der Elektromobilität. Wir fördern daher den Einsatz von Batteriewechselstationen für Taxen, Busse, LKW, andere Nutzfahrzeuge und Car-Sharing, um Batterien in wenigen Minuten auszutauschen und die gebrauchten Batterien gesteuert, also batterie- und netzschonend, wieder aufzuladen. Dafür ist die Planung eines stadtweiten Netzes von Batteriewechselstationen für Berlin (unter Nutzung praktischer Erfahrungen), das auch Plug-in-Möglichkeiten anbietet und v. a. vorhandene Tankstellenstandorte, Großparkplätze und Betriebshöfe verwendet, notwendig.

Die Nutzung dieser Batterie-Agglomerationen kann als Speicher-Stützpunkte für das Berliner Smart Grid dienen, um Regelenergie bereitzuhalten und -zustellen. Dazu ist die schrittweise systematische und innovative Verknüpfung von Berliner Energie- und Mobilitätswende im Sinne eines Ausbaus der Berliner Stromversorgung zu einem Virtuellen Kraftwerkssystem, das auf ein gemeinsames Batteriepotenzial und auch damit auf Effizienz und die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger setzt, erforderlich.

Wir brauchen aber auch Konzepte für eine erweiterte und geordnete Fahrradmobilität, elektrische Steh- und Sitz-Roller und holistische Ansätze, die unsere Mobilität grundlegend verändern, da sie vielfältiger und immer mehr auf geteilter Basis erfolgt. Ein umfassendes Mobilitätskonzept muss dabei ideologiefrei sein, der Mobilität Aller dienen und neuen Innovationen und Technologien den Marktzutritt ermöglichen. Auch der automobilen Individualverkehr muss in einem solchen Mobilitätskonzept seinen Platz haben – insbesondere für die, die darauf angewiesen sind, z.B. Handwerker und Dienstleister. In der Mobilität geht es um ein gesellschaftliches, technologisches und wirtschaftliches Miteinander aller Mobilitätsträger und nicht um ein Gegeneinander. Große Potentiale zur Optimierung der Mobilität liegen u.a. in der „letzten Meile“ für den Gütertransport – wo heute große Lastfahrzeuge

mit wenigen Paketen im Laderaum die Straßen verstopfen, sollen in Zukunft auch Kleinstfahrzeuge, Drohnen oder selbstfahrende Roboter den Verkehr entlasten.

Dazu müssen innovative Technologien und Konzepte agil umgesetzt, erprobt und bewertet werden. Autonomes Fahren oder Drohnen, Roboter, Kleinstfahrzeuge zum Güter- und Personentransport sowie andere Technologien, die das Mobilitätskonzept unterstützen, müssen ausprobiert und bei Eignung schnell eingeführt werden können. Behördliche Restriktionen, etwa durch mehrere Jahre andauernde Planungskonzepte mit langwierigen Bewertungen und Einführungshürden machen heute jedoch jeden Innovationswillen zunichte. Stattdessen wollen wir Technologien und Konzepte mit der Unterstützung der öffentlichen Hand testweise einführen und erproben. Hier sollte dringend dem Vorbild anderer internationaler Großstädte in Europa, den USA und Asien gefolgt werden, die bei der agilen Erprobung neuer Technologien im Sinne einer lebenswerten Smart City erheblich mutiger und schneller sind. Durch ein vernetztes, digitales Berlin 2030 lässt sich eine Vielzahl von neuen Technologien besser in das Stadtleben integrieren. Intelligente Verkehrssteuerung, die Nutzung von Drohnen, Robotern und autonomes Fahren sind Beispiele, die im Berlin 2030 das Leben noch komfortabler und lebenswerter machen. Dabei dürfen Fragen der Sicherheit, der Persönlichkeitsrechte, der Umwelt und des gesellschaftlichen Zusammenlebens nicht außer Acht gelassen. Allerdings wollen wir verhindern, dass diese Belange zu einer pauschalen Ablehnung jedweden Fortschritts führen.

Die Verkehrswende kann nicht ohne den massiven Ausbau von emissionsfreiem ÖPNV gelingen. Nur durch ein funktionierendes, engmaschiges ÖPNV-Netz in der Innenstadt, ergänzt durch emissionsfreie Anschlusslösungen wie Sharingdienste und massentaugliche Stadt-Land-Verbindungen, entsteht eine echte Alternative zum Individualverkehr, die diesen sukzessive ersetzen kann. Mit der Verkehrswende geht die Energiewende einher. Der Einsatz von erneuerbaren Energien, die dezentral in Berlin und im Umland erzeugt werden, gesteuert durch intelligente Netzsysteme, ist Voraussetzung für eine emissionsfreie Mobilität. Saubere Technologien gehören zu den Kernkompetenzen Berlins, jetzt, wie auch in 2030. Diese Entwicklungen gilt es beizubehalten und zu stärken, um Berlin 2030 als europäische Hauptstadt der nachhaltigen, innovativen Mobilität zu etablieren.

cc. Künstliche Intelligenz und 3D-Druck – Chancen für Berlin als Industriestandort

Berlin war immer ein Industriestandort. In den Zeiten der deutschen Teilung hat die Insel-lage Berlins zu einer teilweisen Deindustrialisierung geführt, die noch heute spürbar ist. Gleichwohl gehört Industrie heute und in Zukunft zu einem gesunden und diversifizierten, krisenfesten Wirtschaftsstandort.

Mit der wirtschaftlichen Nutzung von künstlicher Intelligenz und dem 3D-Druck als industri-elles Fertigungsverfahren werden herkömmliche industrielle Prozesse revolutioniert. Ber- lin ist prädestiniert, ein Zentrum für die wirtschaftliche Nutzung von Künstlicher Intelligenz und die Weiterentwicklung des 3D-Drucks zu werden. Schon heute gibt es in Berlin viele Unternehmen, die diese Technologien nutzen, um ihre Produkte zu entwickeln und herzu- stellen. Sie profitieren dabei von der universitären und außeruniversitären Forschungsland- schaft und der hohen Innovationsfähigkeit gerade junger Berliner Unternehmen.

Wir wollen Berlin zu einem industriepolitischen Zentrum für Künstliche Intelligenz und 3D- Druck machen. Hierfür gilt es, die universitäre und außeruniversitäre Forschung in diesen Bereichen auszubauen und Unternehmen, die in diesen Industriefeldern tätig sind, aktiv nach Berlin zu holen. Dabei geht es um ein verstärktes individuelles Standortmarketing, die Vermittlung entsprechender Gewerbeflächen und finanzielle Unterstützung.

dd. Europäische Gesundheitshauptstadt

Die Voraussetzungen Berlins, um Gesundheitshauptstadt Europas zu werden, sind sehr gut. Eine äußerst hohe Dichte national und international renommierter Wissenschafts- und For- schungszentren im Gesundheitsbereich wie die Charité, das Max-Delbrück-Centrum oder das Robert-Koch-Institut: Universitäten und Hochschulen gepaart mit einer Vielzahl etab- lierter Unternehmen der Pharma-, Biotech- und Medizintechnikbranchen zeichnen Berlin schon heute aus. Allerdings müssen wir eine bessere Transformation und stärkere Verzäh- lung des Forschungs- und Wissenschaftsbereichs mit der Gesundheitswirtschaft Berlins er- reichen. Nur wenn das gelingt, kann sich das volle Potential, das Berlin im Gesundheitssek- tor hat, entfalten.

Hierfür gilt es, die beiden großen Krankenhauskonzerne Charité und Vivantes in sinnvollen Teilbereichen strukturell miteinander zu verbinden, um entsprechende Stärken besser zu nutzen. Eine Fusion der beiden Unternehmen streben wir nicht an.

Darüber hinaus wollen wir den Wissenstransfer aus den universitären Forschungseinrichtungen in die Gesundheitswirtschaft verstärken. Grundlagenforschung und Anwendung müssen enger auf einander abgestimmt werden, um die Innovations- und Wirtschaftskraft unserer Stadt zur Geltung zu bringen. Ziel ist es, hervorragende Arbeitsbedingungen mit bester Infrastruktur für Ausgründungen oder Gründungen im Bereich der Natur- und Lebenswissenschaften zur Verfügung zu stellen.

Wir wollen die Stärken Berlins im Digital- und Gesundheitsbereich konsequenter nutzen und landeseigene Fördermöglichkeiten schwerpunktmäßig auf die Gesundheitswirtschaft ausrichten, etwa indem wir die Messe Berlin für die Gesundheitswirtschaft im Bereich E-Health nutzen.

Insgesamt müssen die vielen Akteure, die im Gesundheitssektor in Berlin agieren, besser miteinander vernetzt werden. Wir wollen eine Plattform schaffen, um gemeinsam konkrete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, damit Berlin als Gesundheitshauptstadt Europas etabliert wird.

ee. Kreativwirtschaft auf Weltniveau

Berlin ist schon heute ein gefragter Standort der Kreativwirtschaft. Auch wenn die Kreativwirtschaft fälschlicherweise immer noch belächelt wird, so stellt sie doch einen beträchtlichen Wirtschaftsfaktor Berlins dar. Wir sind davon überzeugt, dass die Kreativwirtschaft für Berlins Wirtschaft immer wichtiger wird. Die Kreativwirtschaft wird eine tragende Säule der Wirtschaftsmetropole Berlin 2030 sein.

Hierfür gibt es vor allem zwei Gründe. Zum einen tragen Kreative zu einer nicht zu vernachlässigenden Wertschöpfung bei: Film- und Werbeindustrie, Designer, Künstler, Architekten, Fotografen, die Clubkultur- und Unterhaltungsbranche und nicht zuletzt die Gastronomieszene machen Umsätze im Milliardenbereich. Zum anderen steht diese Branche wie keine andere für das, was Berlin so besonders macht und auszeichnet: das oben beschriebene „kreative Flair der Freiheit“. Insbesondere die Wertschöpfung die Dank der Abschaffung der Sperrstunde vor 70 Jahren durch Wirtschaft und Kultur erfolgt ist, hat zu einer internationalen Strahlkraft Berlins geführt. Dieses Flair, dieses Lebensgefühl ist existentiell für Berlin, wirkt es doch wie ein Magnet. Menschen wollen nach Berlin, weil sie nach Berlin wollen –

weil es dort eine weltweit einzigartige Stimmung gibt, die die gesamte Berliner Gesellschaft trägt.

Doch auch die Kreativwirtschaft braucht gute Rahmenbedingungen – und die drohen derzeit verloren zu gehen. Angefangen bei für die Kreativwirtschaft nutzbaren Gewerbeflächen, die immer weniger werden. Derzeit nutzbare Flächen drohen durch die im Zuge der Verdichtung herannahende Wohnbebauung häufig ihre Nutzbarkeit zu verlieren, da ihre Lärmemissionen naturgemäß oberhalb der zulässigen Höchstwerte in Wohngebieten liegen. Hierfür gilt es Lösungen zu finden wie etwa die quotale Ausweisung von Flächen für die Kreativwirtschaft und passgenaue Lärmemissionsregelungen, die die Interessen der Kreativwirtschaft mit denen der Anwohner in einen sachgerechten Ausgleich bringen.

Ähnlich wie die Nachtökonomie und die Kreativwirtschaft schaffen Unternehmen die Grundlage dafür, zahlreiche internationale Arbeitskräfte anzuziehen. Für diese wollen wir in der Berliner Verwaltung ein mehrsprachiges „Welcome Office“ schaffen, das gerade internationalen Arbeitskräften für alle relevanten Fragen und Behördengänge dient.

Berlin muss die Kreativwirtschaft als relevanten Wirtschaftsfaktor anerkennen und diese unterstützen, damit es auch in 2030 in Berlin eine Kreativwirtschaft auf Weltniveau gibt.

3. Berlins Chance – Freiräume für Innovationen

Berlin ist einzigartig. Das war so und das ist heute so. Wir wollen Berlin so gestalten, dass es auch in Zukunft einzigartig ist.

Wir sind fest davon überzeugt, dass das gelingen kann. Nicht indem wir starre Vorgaben machen, sondern indem wir den gesellschaftlichen und den wirtschaftlichen Akteuren gute Rahmenbedingungen geben. Diese Rahmenbedingungen sollen Freiräume eröffnen – Freiräume für Innovationen. Denn Berlin braucht Innovationen, um Wachstum zu schaffen.

Berlin bietet alle Möglichkeiten. Die Stadt ist voller Chancen. Allerdings muss der Schalter in der Politik endlich umgelegt werden. Denn dass sich Berlin trotz des politischen Mismanagements der vergangenen Jahre als Stadt und wirtschaftlich so positiv entwickelt hat, liegt einzig und allein an den Menschen, die hier leben und sich für die Stadt engagieren. Es

wird Zeit, dass auch die Politik die Chancen Berlins erkennt und beginnt, die Zukunft Berlins zu gestalten.